

Antrag 114/I/2025**SPD Frauen LFK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Feministische Stadtplanung: Die Stadt mit anderen Augen sehen - Für eine gerechte Stadt mit Platz für alle**

1 Wir fordern eine Stadtplanung, die Nachhaltigkeit, sozia-
 2 le Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit in den Mittel-
 3 punkt stellt. Eine integrierte Planung muss die Bedürfnis-
 4 se aller Bevölkerungsgruppen – jung, alt, mobil und mobi-
 5 litätseingeschränkter – berücksichtigen.

6
 7 Stadt- und Verkehrsplanung nehmen großen Einfluss auf
 8 die Arten der Nutzbarkeit und Gestaltung unserer Städte.
 9 Gleichzeitig sind diese Berufsfelder bis heute stark männ-
 10 lich dominiert. Dieser Bias kann - wenn er unreflektiert
 11 bleibt und nicht mit entsprechenden Instrumenten aktiv
 12 adressiert wird - die Nutzbarkeit der Stadt für viele Bevöl-
 13 kerungsgruppen erschweren und unsicher machen. Um in
 14 Verkehrs- und Stadtplanungen für morgen nicht die Feh-
 15 ler der Vergangenheit zu wiederholen, fordern wir die Um-
 16 setzung folgender Maßnahmen wo möglich ohne Mach-
 17 barkeitsstudien:

- 18 1. Investitionen in den ÖPNV, nachhaltige Mobilitäts-
 19 konzepte und eine effektive Parkraumbewirtschaf-
 20 tung auch außerhalb des S-Bahnringes, um den do-
 21 minanten Individualverkehr zu reduzieren.
- 22 2. bei allen Stadtentwicklungsprojekten ist Gen-
 23 der-Mainstreaming verpflichtend zu integrieren.
 24 Das heißt konkret: Regelmäßige Bürgerbeteili-
 25 gungen in Form von Workshops, in denen Frauen,
 26 Alleinerziehende, Migrant*innen und sozial be-
 27 nachteiligte Gruppen aktiv mitwirken, werden
 28 eingeführt. Mindestens 20 % der Investitionsmittel
 29 sollen für integrative, gendergerechte Maßnahmen
 30 reserviert und deren Erfolg durch unabhängige
 31 Evaluationen überprüft werden.
- 32 3. bei der Um- und Neugestaltung von öffentlichen
 33 Plätzen sollen vor Umsetzung der Planung Fokus-
 34 gruppen genutzt werden, um die berechtigten Inter-
 35 essen von Frauen zu berücksichtigen
- 36 4. Es darf keine Angsträume mehr geben.
- 37 5. Das Berliner Lichtkonzept ist Teil einer sicheren
 38 Stadt. Vor allem die Beleuchtung von Haltestellen
 39 ist sicherzustellen.
- 40 6. In Nachtbussen und -bahnen werden Sicherheits-
 41 informationen über Fahrgast-Informationssysteme
 42 eingespielt.

43
 44 Es wird geprüft, wie das Konzept des Heimwegtele-
 45 fons über das Berliner Bürgertelefon an den Wochenend-
 46 Abenden nutzbar gemacht werden kann.

47

48 **Begründung**

Wir fordern eine Stadtplanung, die Nachhaltigkeit, sozia-
 le Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit in den Mittel-
 punkt stellt. Eine integrierte Planung muss die Bedürfnis-
 se aller Bevölkerungsgruppen – jung, alt, mobil und mobi-
 litätseingeschränkter – berücksichtigen.

Stadt- und Verkehrsplanung nehmen großen Einfluss auf
 die Arten der Nutzbarkeit und Gestaltung unserer Städte.
 Gleichzeitig sind diese Berufsfelder bis heute stark männ-
 lich dominiert. Dieser Bias kann - wenn er unreflektiert
 bleibt und nicht mit entsprechenden Instrumenten aktiv
 adressiert wird - die Nutzbarkeit der Stadt für viele Bevöl-
 kerungsgruppen erschweren und unsicher machen. Um in
 Verkehrs- und Stadtplanungen für morgen nicht die Feh-
 ler der Vergangenheit zu wiederholen, fordern wir die Um-
 setzung folgender Maßnahmen wo möglich ohne Mach-
 barkeitsstudien:

1. Investitionen in den ÖPNV, nachhaltige Mobilitäts-
 konzepte und eine effektive Parkraumbewirtschaf-
 tung auch außerhalb des S-Bahnringes, um den do-
 minanten Individualverkehr zu reduzieren.
2. In Nachtbussen und -bahnen werden Sicherheits-
 informationen über Fahrgast-Informationssysteme
 eingespielt.

Es wird geprüft, wie das Konzept des Heimwegtele-
 fons über das Berliner Bürgertelefon an den Wochenend-
 Abenden nutzbar gemacht werden kann.

Zeilen 22-39 erledigt durch den Leitantrag.

49 Feministische Stadtplanung

50 Feministische Stadtplanung ist ein partizipativer und inklusiver Ansatz, der darauf abzielt, Geschlechtergerechtigkeit und soziale Integration systematisch zu fördern. 53 Dabei werden insbesondere die Bedürfnisse von Frauen, 54 nicht-binären und marginalisierten Gruppen berücksichtigt, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen und 55 lebenswerte, nachhaltige sowie gerechte urbane Räume 56 zu schaffen.

58

59 Nachhaltigkeit

60 Der Ausbau ressourcenschonender Bauweisen, erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Mobilitätskonzepte – etwa durch verstärkten ÖPNV, Fahrrad- und Fußwege – senkt den CO₂-Ausstoß und verbessert die Luftqualität. Dabei ist es ebenso entscheidend, bestehende 64 Paradigmen in Frage zu stellen und ein grundlegendes 65 Umdenken in der Stadtplanung zu fördern. Dieser Paradigmenwechsel ist unerlässlich, um innovative, nachhaltige Lösungen zu implementieren, die langfristig die urbane 69 Lebensqualität steigern.

70

71 Umweltgerechtigkeit

72 Umweltgerechtigkeit sichert den gleichberechtigten Zugang zu Grünflächen, Erholungsräumen und sauberer 74 Umwelt in allen Stadtteilen – unabhängig von sozioökonomischen Unterschieden. So werden negative Umwelteinflüsse gleichmäßiger verteilt und benachteiligte Gruppen geschützt.

78 Soziale Stadt und Chancengleichheit

79 Durch partizipative Planungsprozesse werden alle Alters- und Mobilitätsgruppen einbezogen. Barrierefreie Infrastrukturen und bedarfsorientierte Angebote ermöglichen 82 jungen, alten, mobilen und immobiler Menschen gleichermaßen Zugang zu Bildungs-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, wodurch der soziale Zusammenhalt gestärkt wird.

85

86 Finanzierbarkeit und ökonomische Effizienz

87 Innovative Finanzierungsmodelle und eine effiziente Ressourcennutzung machen den Ausbau nachhaltiger Projekte auch bei knappen Haushaltsmitteln möglich. Investitionen in den ÖPNV und optimierte Parkraumbewirtschaftung senken langfristig Kosten, indem sie teure Umweltschäden vermeiden.

93

94 Individuelles Wohl versus Gemeinwohl

95 Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen individuellen Freiräumen und kollektiven Infrastrukturen ist essenziell. Während das persönliche Wohl erhalten bleibt, fördert der gezielte Ausbau gemeinschaftlicher Angebote den sozialen Zusammenhalt und die öffentliche Sicherheit – eine Balance, die für eine lebendige Großstadt unverzichtbar 101 ist.